

Wenn sich im Nachhinein Mängel an einer solchen Wahl in Teilen oder in Gänze herausstellen sollten, kann es nicht sein, dass diese Erwartungshaltung der Wählerinnen und Wähler nachträglich dadurch verändert werden darf, dass zusätzliche Bewerber oder Parteien bei einer Wiederholungswahl antreten dürfen. Gerade sind schon viele Bilder bemüht worden, wann es im täglichen Leben eine Wiederholung gibt. Ich will nicht auf den Elfmeter eingehen, bei dem man sich bei einer Wiederholung auch nicht aussuchen kann, ob der Schütze derselbe oder ein anderer sein soll. Dieses Prinzip der Gemeindeordnung stellt immer nur eine Ausnahme dar für den Fall einer Wiederholungswahl. Das ist, glaube ich, gut und richtig.

Ich freue mich auf eine inhaltliche Diskussion im zuständigen Ausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegt noch eine Wortmeldung des Kollegen Sommer vor, der damit das Wort hat.

**Torsten Sommer (PIRATEN):** Nach den Redebeiträgen, die ich zum Thema gehört habe, möchte ich mich vor allen Dingen bei Herrn Innenminister Jäger bedanken. Es ist definitiv keine Lex Dortmund, keine Gesetzgebung für die Piraten. Würde es der Piratenpartei in Dortmund nur darum gehen, an den Wahlen teilzunehmen, hätten wir ohne Probleme zwei Listen übernehmen und mit neuen Kandidaten besetzen können. Wir wären dann einfach unter einem anderen Namen angetreten, aber weiter mit Piratenpersonal. Das wäre nicht das Problem gewesen.

Der Weg, den wir jetzt gehen, ist explizit nicht darauf ausgerichtet, sich über den Umweg des Landtags in die Wahlen hineinzubringen. Das kann gar nicht funktionieren. Der zeitliche Ablauf gibt das gar nicht her, wie Sie wissen dürften.

Deshalb finde ich es ein bisschen schade, dass das unterstellt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Des Weiteren bin ich als Vertreter der Piratenpartei explizit nicht auf die Umstände, die zur Wiederholungswahl geführt haben, eingegangen. Ich möchte diese Emotionalität in der Debatte überhaupt nicht haben. Es geht darum, dass wir in Dortmund anhand dieses Beispiels einen Fehler im Kommunalwahlgesetz entdeckt haben, den wir behoben wissen möchten. Wir möchten an der Stelle einfach eine Gleichsetzung von aktivem und passivem Wahlrecht. Das ist alles.

Wir wollen es nicht emotionalisieren, indem wir mit irgendwelchen Fingern auf andere Menschen zei-

gen, die im Vorfeld Fehler gemacht haben. Ich bitte Sie, das bei Ihren Diskussionen zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Beratung beendet.

Wir stimmen über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/120 an den Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer ist dafür, dass wir dem so folgen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Kommen wir nun zu:

## **6 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/41

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/173

Beschlussempfehlung  
des Hauptausschusses  
Drucksache 16/130

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über die beiden Anträge. Wir stimmen zuerst über den **Änderungsantrag Drucksache 16/173** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer ist dafür, dass dieser Antrag so angenommen wird? – Wer ist dagegen?

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP: Mehrheit, eindeutig Mehrheit! – Das sitzungslleitende Präsidium berät sich.)

Der Sitzungsvorstand ist sich einig, dass dieser Antrag **abgelehnt** ist.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Damit stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 16/41 ab. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung 16/130**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich darf um

Handzeichen bitten, wer dem folgen kann. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die Beschlussempfehlung bei einigen Enthaltungen **angenommen**.

Ich darf zu Protokoll geben, dass es zum Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion ...

(Christian Lindner [FDP]: Nein, Nein!)

– Nein? Zurückgezogen? – Dann darf ich einfach nichts dazu sagen.

(Heiterkeit – Christian Lindner [FDP]: Weil alte Lage!)

– Alles klar, ich verstehe.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt

#### **7 Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG-Abkommen)**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Art. 66 Satz 2  
der Landesverfassung  
Drucksache 16/18

Beschlussempfehlung  
des Hauptausschusses  
Drucksache 16/131

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/131**, dem Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten zuzustimmen und damit dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 16/18 zu entsprechen. Ich darf um Handzeichen bitten, wer dem folgen möchte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Beschlussempfehlung und der Antrag bei einigen Enthaltungen **angenommen**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

#### **8 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Art. 66 Satz 2  
der Landesverfassung  
Drucksache 16/19

Beschlussempfehlung  
des Hauptausschusses  
Drucksache 16/132

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/132**, dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik zuzustimmen und damit dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung zu entsprechen. Ich darf um Handzeichen bitten, wer dem so Folge leisten möchte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist bei vereinzelt Enthaltungen der Beschlussempfehlung und dem Antrag **zugestimmt** worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

#### **9 Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“**

Antrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/123

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen auch hier unmittelbar zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 16/123**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig **angenommen** und die Enquete-Kommission somit wieder eingesetzt.

#### **10 Verfassungsbeschwerde des Bundes für Geistesfreiheit München gegen**

a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 2009 – BVerwG 6 B 35.09 –,

b) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofs vom 7. April 2009 – 10 BV 08.1494 –,

c) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofs München vom 12. März 2008 – M 18 K 07.2274 –,